

PROBLEMFELDER – CHANCEN FÜR DIE EU-ERWEITERUNG

Johann Brieger

Verfolgt man die laufende Diskussion zur bevorstehenden EU-Erweiterung, so bewegt man sich, anders als in der Vergangenheit, in viel stärkerem Maße in einem Prozeß, dessen Finalität noch in weiter zeitlicher Ferne liegt, und daher sind auch die dann herrschenden inhaltlichen, geographischen und strukturellen Gegebenheiten nur unscharf zu erkennen. Dieser Prozeß begann 1989, annus mirabilis eines neu sich formierenden Europas, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Nicht nur der französische Außenminister, Hubert Védrine, läßt darüber nachdenken, wie eine künftige Union aussehen könnte. Damit beauftragt wurde unter anderem Jacques Attali, ehemaliger Berater des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und ehemaliger Präsident der EBRD (European Bank for Reconstruction and Development), der zu dem Schluß kam, daß die Union 2020/25 eine Gemeinschaft mit 35-40 Mitgliedern sein könnte.

Konkreten Niederschlag werden diese Analysen und Gedankenspiele bereits im nächsten Jahr finden, wenn es darum geht, das Zusammenspiel der Europäischen Institutionen auf eine erweiterte Union vorzubereiten und den – im Falle des Beibehaltens derzeitiger Spielregeln – unausweichlichen Infarkt zu vermeiden.

Ansätze einer variablen Intensität der Zusammenarbeit gibt es bereits mit den sogenannten EURO-11, also jenen elf Mitgliedsstaaten, die sich für den EURO qualifiziert und zu dessen Einführung entschieden haben. Gleiches gilt für die Kooperation im Schengen-Bereich.

Problemfelder und Chancen der EU-Erweiterung

"Eurobarometer 50", das im März '99 veröffentlicht wurde und in regelmäßigen Abständen die Meinungen und Empfindungen der Europäer zu verschiedenen Bereichen analysiert, sieht die Erweiterung der Union auf der Prioritätenliste der Bürger Europas weit abgeschlagen hinter dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Drogen und Kriminalität, Politik für die Umwelt und vielen anderen wichtigen Bereichen. Lediglich 27% der Bevölkerung sehen darin ein prioritäres Anliegen. Und obwohl die Auswirkungen, positive wie negative, durch die Ost-Erweiterung vor allem in Österreich und Deutschland besonders zu spüren sein werden, wird die Wichtigkeit dieses Prozesses mit unterdurchschnittlichen 25% in Österreich und gar nur 19% in Deutschland beurteilt. Herr und Frau Österreicher würden entsprechend diesen Umfrageergebnissen lediglich im Falle von Ungarn und Malta einen Beitritt zur Union begrüßen.

Dieser äußerst skeptischen Stimmung steht in Österreich die klare Unterstützung der Bundesregierung und von Dreivierteln der österreichischen Parlamentarier gegenüber. Liegt es also daran, daß noch viel zu wenig sachliche Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet wurde? Liegt es daran, daß Vorteile, vor allem im wirtschaftlichen Bereich, von den Wirtschaftstreibenden zwar gerne lukriert, aber entsprechend der österreichischen Empfindlichkeit nicht publizitätswirksam einer breiteren Öffentlichkeit mitgeteilt werden? Liegt es daran, daß in manchen Bereichen sehr plakativ dargestellte Auswirkungen, man nehme nur den freien Personenverkehr, sehr viel stärker im Bewußtsein der Österreicher haften bleiben als eine notwendige differenzierte Vorgangsweise? Ist es einfach der natürliche Reflex bei bevorstehenden Veränderungen zunächst einmal defensiv zu reagieren und mögliche Gefahrenpotentiale abzuwehren und erst in zweiter Linie die sich bietenden Chancen offensiv aufzugreifen?

Wie dem auch sei. Bei dem derzeitigen Stand der Verhandlungen lassen sich aus österreichischer Sicht beispielhaft folgende zwei Problemzonen identifizieren:

- Personenverkehr (Migration Pendler) und jener Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung, der temporäre Bewegungen von Personal bedingt.
- Sicherheit der Nuklearenergie;

Daneben gibt es natürlich mit Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft weitere sensible Bereiche, die jedoch den Rahmen der Diskussion sprengen würden.

Personenverkehr – Dienstleistungsverkehr

Trotz verschiedener Ansätze kommen die bisher vorliegenden beiden Hauptuntersuchungen von Fassmann und Hintermann bzw. von Walterskirchen und Dietz zur Ermittlung eines angebotsseitigen Migrations- und Pendlerpotentials nach Österreich zu einem annähernd ähnlichen Ergebnis. Für einen Zeitraum von etwa 10 Jahren nach Beitritt wurde insgesamt die Zahl von rund 150.000 Wanderungswilligen errechnet, die auf den österreichischen Arbeitsmarkt drängen könnten. Ob sie auch Anstellung finden werden – die Nachfrageseite –, das wurde bislang nicht ermittelt.

Beachtliche Unklarheit hinterlassen beide Studien, auf die anschließend andere Untersuchungen aufbauten, zum Pendlerpotential aus Österreichs mittel- und osteuropäischen Nachbarländern. Fassmann/Hintermann werteten die diesbezüglichen Punkte ihres Fragebogens aufgrund des zahlenmäßig unzureichenden Samples nicht aus.

Walterskirchen/Dietz wieder gingen bei der Bestimmung des Pendlerpotentials zu schematisch vor und ließen geographische und sozio-ökonomische Gegebenheiten außer acht.

- Gerade die Grenzregionen haben von der Ostöffnung überdurchschnittlich profitiert: seit der Ostöffnung ist die Beschäftigung in diesen Gebieten um 12,6% gestiegen, der durchschnittliche österreichische Anstieg beträgt "lediglich" 6,3%.
- Die Osterweiterung wird die Grenzregionen weiter beleben; nicht offene, sondern tote Grenzen führen zu wirtschaftlichem Ruin.
- Wanderung von Arbeitskräften ist nicht allein durch Lohnunterschiede und Unterschiede im BIP/pro Kopf bestimmt: Nachfragerealtäten des Arbeitsmarktes in den Grenzregionen, derzeitige und künftige Verkehrsinfrastruktur, Sprachbarrieren, Wohnungsprobleme und positive Einstellung zum Heimatland bewirken Einschränkung der Migration: konkret auf die Situation in Ost- und Südösterreich gemünzt, sollte daher versucht werden, Antworten auf folgende Fragen zu finden bzw. Ursachen und Auswirkungen genauer zu untersuchen:
- Lokalpolitiker im Komitat Győr sprechen immer wieder über einen Arbeitskräftemangel in ihrer Region, neue Betriebsansiedlungen erschweren. Arbeitskräfte aus Ostungarn anzuwerben erweist sich als erfolglos.
- Preßburg hat laut regelmäßig veröffentlichten Statistiken mit rund 3% die mit Abstand niedrigste Arbeitslosigkeit der Slowakei. Internationale Konzerne nennen Arbeitskräftemangel als ein Haupthindernis für Investitionen im Raum Preßburg.
- In Österreich hingegen sind manche Vertreter von Wissenschaft und Politik der Meinung, daß gerade aus diesen beiden Regionen ein bedeutendes Pendlerpotential zu erwarten sei, das auf den Großraum Wien destabilisierend wirken werde.

- Welchen Einfluß hat die existierende und künftige Verkehrsinfrastruktur auf das Pendlerpotential? Kärnten hat mit Slowenien derzeit insgesamt sechs Grenzübergänge, davon drei im Winter wiederholt gesperrte Gebirgspässe sowie einen Tunnel, dessen Durchfahrt gebührenpflichtig ist.
- Migration und Pendlerwesen sind keine einseitigen Erscheinungen: z.B. arbeiten laut einer IDM (Institut für den Donauraum)-Studie vom Mai 1999 derzeit 60 Slowenen in Kärnten, in Slowenien aber 400 Kärntner, 10.000 Österreicher sind in Ungarn beschäftigt.

Was damit zum Ausdruck gebracht werden soll, ist die Tatsache, daß es aufgrund des noch über längere Zeit bestehenden Lohn- und Einkommensgefälles natürlich Sorgen in der Bevölkerung über verstärkte Zuwanderung und Pendler gibt. Man muß sich die Entwicklungen in den verschiedenen Regionen jedoch sehr genau auf beiden Seiten der Grenzen ansehen und maßgeschneiderte Lösungen entwickeln. Hier ist die Politik gefordert. Ähnlich gestaltet sich die Diskussion im Bereich der Dienstleistungen. Kernproblem sind der weite Bereich der "grenzüberschreitenden Dienstleistungen", deren Spektrum sich keinesfalls auf das Kleingewerbe wie "Kosmetik", "Friseur" oder "Verkauf von Konditorwaren" beschränken läßt. Durch die Unterschiede bei Löhnen, öffentlichen Abgaben usw. haben Dienstleistungsunternehmen in unseren Nachbarländern objektive Kostenvorteile gegenüber österreichischen Anbietern, die letztere nach einer totalen Öffnung der Märkte in Folge des Beitritts auch durch höhere Produktivität nicht wettmachen können.

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen wurde die Problematik erstmals bei Diskussionen zu den Ergebnissen des Acquis Screening zum Kapitel "Verkehr" berührt. Es ist dabei unbedingt auf einen Gleichschritt zwischen Liberalisierung und Harmonisierung zu achten. Um ein "level playing field" für heimische Anbieter sicherzustellen, kann ein freier Zugang zum Straßengüter- und Personenverkehr und Dienstleistungsfreiheit erst schrittweise und nach der vollständigen Übernahme und Anwendung des Acquis im Verkehrsbereich durch die Kandidatenländer gewährt werden. Dies gilt insbesondere für den relevanten Acquis im Bereich der sozialen Bestimmungen und auch für jene Bereiche, die der Harmonisierung unterliegen (Umweltstandards, technische und Sicherheitsstandards).

Bei all diesen Überlegungen darf jedoch eines nicht vergessen werden: vor allem im Bereich der Finanzdienstleistungen, aber nicht nur dort, hat Österreich starke offensive Interessen. Diese gilt es künftig verstärkt zu forcieren. Letztlich muß es dann zu einer Interessensabwägung kommen.

Durch entsprechende Übergangsregelungen werden negative Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt abgewendet werden können.

Erleichtert wird die künftige österreichische Position zum Kapitel "Freizügigkeit" durch die von mehreren Kandidaten angemeldeten Übergangsfristen zum Grundverkehr im Verhandlungskapitel "Freier Kapitalverkehr". Ungarn verlangt eine gestaffelte Übergangsperiode von fünf bis zehn Jahren. Polen will gar erst achtzehn Jahre nach seinem Beitritt anderen EU-Bürgern den freien Ankauf von polnischem Grund und Boden erlauben. Tschechien ließ bereits durchblicken, es werde sich an den polnischen Fristen ein Beispiel nehmen.

Sicherheit der Nuklearenergie

Österreich hat bei Festlegung seiner Haltung zu Kernkraftwerken in den Bewerberstaaten die Tatsache zu berücksichtigen, daß zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten selbst über KKW's verfügen und diese einen beträchtlichen Anteil an der gesamten Stromproduktion in der Union haben. Skepsis gegenüber Atomenergie, mittlerweile zu einem Markenzeichen Österreichs in der

Union geworden, hat daher stets wohlargumentiert dargelegt zu werden. Dies gilt besonders im Erweiterungskontext, schon auch deshalb, weil Österreich durch seine "front line"-Stellung von den anderen Mitgliedsstaaten als von diesem Themenbereich überdurchschnittlich betroffen angesehen wird.

Fest steht, daß Österreichs Bemühungen bei der EU-Kommission auf fruchtbaren Boden gefallen sind, waren doch schon im Entwurf der Beitrittspartnerschaften, die österreichische Beharrlichkeit in Atomfragen vorwegnehmend, seitens der Kommission viele österreichische Forderungen berücksichtigt worden.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen um die Inbetriebnahme von Mochovce und den – letztlich erfolglos gebliebenen – österreichischen Bemühungen, dies zu verhindern, wurde ein Faktor immer mehr evident, der die Grenzen dessen aufzeigte, was die anderen Mitgliedstaaten der Union im Bereich "Anti-Atom-Politik" mitzutragen bereit sind: der Mangel eines eigenen Acquis der Union zu Sicherheitsstandards von KKW's.

Größte Sorge in diesem Zusammenhang rufen folgende KKW's hervor, deren Stilllegung bereits in den Beitrittspartnerschaften verankert wurde:

Kosloduj: Block 1-4; BP-Wortlaut: "Schließung in Phasen bestimmter Einheiten;

Ignalina: BP-Wortlaut: "Vorlegen eines Plans zur Stilllegung des KKW Ignalina gemäß im Rahmen des Nuclear Safety Account Agreement eingegangener Verpflichtungen";

Bohunice: Block 1+2; zu Block 3+4: intensive Weiterverfolgung des Modernisierungsplans; BP-Wortlaut: "Umsetzung eines realistischen Programms für die Schließung des Kraftwerks Bohunice";

Nicht zuletzt als Folge des österreichischen Drängens und des in der Sitzung des Ministerrates am 30. Juni beschlossenen Aktionsplans zur österreichischen Anti-Atom-Politik haben mittlerweile Litauen und die Slowakei entsprechende Schließungspläne vorgelegt. Bulgarien wurde die Vorlage eines solchen Planes als Vorbedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in den Fortschrittsbericht vom 13. Oktober 1999 geschrieben.

Wenngleich Österreich mit dem Erreichten nicht zufrieden ist, darf nicht vergessen werden, daß z.B. das KKW Ignalina ca. 85% des litauischen Energiebedarfs produziert. Die Entscheidung zur Schließung dieser Anlagen ist sowohl wirtschaftlich als auch politisch nur durch die Perspektive der raschen Verhandlungsaufnahme und eines EU-Beitritts in absehbarer Zeit möglich geworden. Wobei, sollten die Verhandlungen so schnell voranschreiten, daß ein Beitritt vor den beabsichtigten Schließungsdaten möglich wäre, die Entscheidung über einen frühzeitigen Ausstieg wohl nur beim jeweiligen Kandidatenland liegen kann. Ein Beitritt mit einem noch aktiven Reaktor diesen Typs wird aus österreichischer Sicht nicht möglich sein.

Die übrigen KKW's in den Kandidatenländern sind unterschiedlicher Bauart und Technologie und sollten daher auch differenziert beurteilt werden.

Zwei der sieben Atom-Anlagen in mittel- und osteuropäischen Ländern haben die Technologie für ihre Kernkraftwerke in Westen erstanden. Rumäniens Atomanlage Cernavoda wurde mit dem kanadischen Typ CANDU ausgestattet. Sloweniens ungeliebter Nachlaß der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, das im Ko-Eigentum mit Kroatien stehende KKW Krsko, errichtete US Westinghouse.

Die anderen fünf Staaten verfügen als Erbe aus der Sowjetzeit über russische Reaktoren verschiedenen Typs.

Da Auswirkungen eines nuklearen Störfalles aufgrund unserer Nähe besonders stark in Österreich zu spüren sein würden, bringt jeder sicherheitstechnische Fortschritt und letztlich jede Abschaltung eines Reaktors einen unmittelbaren Zugewinn an Sicherheit. Eine Dividende, die ohne den Wunsch der Kandidaten, Mitglied dieser Union zu werden, also ohne Erweiterung, auch in 20 Jahren nicht hätte realisiert werden können.

Chancen

Verschiedene Analysen belegen mittlerweile klar, daß Österreich bis jetzt der relativ größte Gewinner der Ostöffnung war.

- Die österreichische Handelsbilanz mit Mittel- und Osteuropa erreichte 1998 ein Aktivum von mehr als 31 Mrd. Schilling. 1989 war die Handelsbilanz dagegen noch ausgeglichen. Die Exporte nach Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen stiegen zwischen 1989 und 1998 auf das Vierfache. Dagegen nahm der österreichische Gesamtexport in dieser Zeit nur um 65% zu. Ohne den Warenaustausch mit den vier Beitrittswerbemern wäre das heimische Außenhandelsdefizit, laut Österreichischem Statistischem Zentralamt, schon 1996 mehr als doppelt so kräftig angestiegen.
- Diese außergewöhnliche Steigerung im Außenhandel mit Mittel- und Osteuropa hat auch positive Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt gehabt. Durch die Ostöffnung wurden bereits von 1989 bis 1996 zwischen 50.000 und 60.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.
- Die Auslagerung lohnkostenintensiver Produktionsteile verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Gesamtproduktes. Eine strukturelle Anpassung bestimmter Branchen hat schon vor der Ostöffnung begonnen. Weder die Ostöffnung noch die bevorstehende Osterweiterung sind Hauptursache für den Strukturwandel, dem diese Branchen (wie z.B. die Textilindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie) unterliegen und durch den höherqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa schaffen nicht nur dort Arbeitsplätze, sondern auch im Inland: die österreichischen Ost-Direktinvestoren beschäftigten im Jahr 1990 70.800 Personen in Österreich, 1997 bereits 190.400.
- Besondere Chancen gibt es für österreichische Dienstleister: Banken, Consultingunternehmen, Wirtschaftsprüfer und Rechtsberater; zahlreiche österreichische Unternehmen haben in den MOEL Tochterunternehmen gegründet und von der Ostöffnung profitiert.
- Österreich ist ein bedeutender Standort für Osteuropa-Zentralen ausländischer Konzerne, die in Österreich mehr als 40.000 hochqualifizierte Personen beschäftigen.
- Osterweiterung wird diese Trends der Ostöffnung weiter verstärken. Schließlich werden durch einen Vollbeitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten grenzüberschreitende Kooperationen kostengünstiger und wettbewerbsfähiger. Abfertigungs- und Wartezeiten an den Grenzen und andere zeitraubende Formalitäten werden wegfallen.

Allerdings, und das haben wir auch beim österreichischen Beitritt zur Union selbst miterlebt: die Gewinne und Verluste, Gewinner und Verlierer, werden auch bei der Erweiterung ungleich verteilt sein. Hier werden die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft gefordert sein, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine behutsame und sorgfältig vorbereitete Erweiterung zu einem erfolgreichen Projekt werden lassen, dessen Auswirkungen auf die künftigen Generationen von Europäern, insbesondere Österreichern, von enormer Tragweite sein werden.

Es ist daher wichtig, daß die aufgeworfenen Probleme ernst genommen werden, so ernst genommen werden, daß man versucht, sie in aller Ehrlichkeit und Komplexität zu erfassen und daraus maßgeschneiderte Lösungen zu erarbeiten.

Es ist wichtig, daß nicht plakativ und pauschalierend aus dem Zusammenhang herausgerissen wird, Probleme simplifiziert und überdimensioniert dargestellt und damit letztlich Ängste geschürt werden.

Es ist auch wichtig, bei aller Bedeutung, die in der Härte der Verhandlungen Einzelproblemen beigemessen werden und die für ein Gelingen dieses Projektes ausschlaggebend sein können, weil die Zustimmung aller Parlamente der Union und der jeweiligen Kandidaten erforderlich sind, die historische Dimension dieses Projektes nicht aus den Augen zu lassen. Vielleicht erscheinen dann Auseinandersetzungen um ein Schließungsdatum für Duty-Free-Shops an Binnenlandgrenzen als nicht mehr ganz so wichtig.

Ausblick

Am 13. Oktober hat die Europäische Kommission ihre regelmäßigen Fortschrittsberichte vorgestellt. Darin schlägt sie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Litauen, Lettland, Malta, Rumänien und der Slowakei vor.

Gründe für diese Entscheidung lagen neben dem spezifischen Engagement Frankreichs hinsichtlich Rumäniens und Bulgariens vor allem in den politischen Entwicklungen in Südost-Europa (insbesondere Kosovo-Krise) im vergangenen Jahr.

Der Kommissionsvorschlag sieht vor, daß der erleichterte Zugang zu den Verhandlungen durch eine stärkere Differenzierung bei den Verhandlungen ausgeglichen wird: die Verhandlungsfortschritte sollen sich nach den Fortschritten der Kandidaten bei der Erfüllung der "Kopenhagener Kriterien" richten.

Weiterhin empfiehlt die Kommission, daß der Türkei der Kandidatenstatus zuerkannt und Maßnahmen zu ihrer Heranführung an die EU ergriffen werden. Das soll Anreize für Reformen hin zu mehr Demokratie und Marktwirtschaft schaffen. Auch für die Türkei gelten die Kopenhagener Kriterien als Maßstab.

Die Kommission schlägt neue Beitrittspartnerschaften für die einzelnen Beitrittskandidaten einschließlich Maltas und Zyperns – später auch für die Türkei – vor.

Diese neue Verhandlungsstrategie versucht ein Gleichgewicht herzustellen zwischen Schnelligkeit und Qualität, den zwei potentiell einander widersprechenden Zielen des Erweiterungsprozesses. "Schnelligkeit ist geboten, da die Gelegenheit für beschleunigte Fortschritte bei den Beitrittsvorbereitungen im Einklang mit den Erwartungen der Bewerberländer günstig ist. Qualität ist entscheidend, da der EU nicht an Teilmitgliedschaften gelegen ist, sondern an neuen Mitgliedern mit vollen Rechten, aber auch mit voller Verantwortung", so der in der EU für die Osterweiterung maßgeblich verantwortliche Günter Verheugen.

Die Kommission empfiehlt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Jahr 2000 mit allen Bewerberländern, welche die politischen Kopenhagener Kriterien erfüllen (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Respekt und Schutz von Minderheiten) und sich als bereit erwiesen haben, die zur Erfüllung der wirtschaftlichen Kriterien notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Das bedeutet, daß Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakei ab dem nächsten Jahr zu den Beitrittsverhandlungen hinzugezogen werden sollen, die 1998 mit Zypern, der Tschechischen Republik, Estland, Ungarn, Polen und Slowenien begonnen haben. Damit wird auch der Übergang vom Gruppen- zum Regattamodell (oder Startlinienmodell) vollzogen. Die Türkei erfüllt derzeit die politischen Kriterien nicht.

Unternimmt man nun den Versuch, die von der Kommission vorgeschlagene künftige Verhandlungsführung mit den Notwendigkeiten für einen erfolgreichen Abschluß, nämlich der Aushandlung eines Vertrages, der sowohl für die Menschen in der Union als auch für die Bevölkerung in den Kandidatenländern akzeptabel erscheint, zusammenzuführen, so scheint die Richtung vorgegeben: unabhängig davon, ob erste Beitritte in den Jahren 2003, 2005 oder später stattfinden – eine deutlich größere Gemeinschaft mit 35-40 Mitgliedern und

unterschiedlichen Intensitäten der Zusammenarbeit kann schon in wenigen Dekaden europäische Realität sein.

Ich bin überzeugt, daß von der EU-Erweiterung beide Seiten profitieren werden.

Wirtschaftlich ergibt sich ein Vorteil durch eine bessere Nutzung der jeweiligen Stärken.

Durch Kooperation können Vorteile erzeugt werden, die zu besseren Chancen auf Drittmärkten führen. Die Entwicklung der Wirtschaft und die Hebung des Lebensstandards in unseren Nachbarländern ist kein Nullsummenspiel, bei dem die einen gewinnen, was die anderen verlieren, sondern eine "Win-Win-Position", die beiden Seiten Vorteile verschafft.

Auch politisch wird die in einem ständigen Prozeß sich befindende Union durch die Erweiterung weiter gestärkt werden. Es wird jedoch wichtig sein, daß den mit einer Erweiterung auch einhergehenden Zentrifugalkräften ein Kern europäischer Werte gegenübersteht, der auch künftig den Zusammenhalt in einem starken und am Wohl seiner Bürger orientierten Europa sicherstellt.

Mag. Johann BRIEGER

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Wien